Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postscheck Dresden 2640

Erscheint bis auf weiteres nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Selbstabholung f. die Woche v. 28. 10. — 3. 11. 4850 Millionen, durch unsere Austräger zugetragen in der Stadt 5 Milliarden auf dem Lande 5 Milliarden, durch die Post monatlich entsprechend. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis für die 6gespaltene Raumzeile 100 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl (Woche v. 4. 11.—10. 11. 24 000 000) Reklamezeile 250 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl, amtliche Anzeigen, die 3gespaltene Korpuszeile 200 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl. Nachweisungs-Gebühr 100 Mk. mal Wochen-Schlüsselzahl. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen.

Nr. 129 — 1923 — 82. Jahrgang. Sonnabend / Sonntag 3. / 4. November

An die Postbezieher!

Die riesige Geldentwertung der letzten Tage zwingt sämtliche Zeitungen schon in den nächsten Tagen zur ersten Nachzahlung der Postbezieher für den Monat November. Es ist ganz selbstverständlich, daß der von den Verlegern schon am 1. Oktober bei der Post mit 1—2 Milliarden Mark gemeldete Bezugspreis für November nicht maßgebend ist. Kostet doch schon eine Nummer in der laufenden Woche 1650 Millionen Mark.

Wochen-Rückblick.

„Der Säbel wackelt ihm am Leib . . ." — Eine historische Tat — Verordnungenhagel — Raunen und Tuscheln, Fluchen und Drohen — . . . raus aus den Kartoffeln! — „Aus Berlin!" — Wertbeständigkeit? — Und wieder rast der Dollar — „Hier geiht'e hen, dor geiht'e hen" — „Wehe einem Lande . . ."

Kennen Sie das schöne Lied — von Liliencron stammt der Text — vom Heraufziehen der Wachtparade? Es heißt darin unter anderm angesichts des die Wache befehligenden Hauptmanns:

„Der Säbel wackelt ihm am Leib,
Verdammt — doch nicht zum Zeitvertreib!"

Detlev Freiherr von Liliencron, einer der geistreichsten Poeten der neueren Zeit, war selbst Offizier im preußischen Heere, machte die Feldzüge 1866 und 1870/71 mit und brachte es zum Hauptmann. Sein vorerwähntes Gedicht kann somit (von einer Scherzlaune, der es vielleicht sein Entstehen verdankt, abgesehen) nicht den Zweck gehabt haben, den Militarismus im allgemeinen und den Offizierstand im besonderen herabzuwürdigen. Dazu saß ja auch der Respekt vor dem „Soldaten an sich" viel zu tief im Fleische jedes Deutschen. Soll man darob heute spötteln? — War es nicht in andern Staaten und Ländern ebenso? — —

Unwillkürlich drängte sich die Erinnerung an Liliencron und sein Liedel auf: Ein Hauptmann, mit „hauendem Schwerte", begab sich am Dienstag in das sächsische Regierungsgebäude, die Inhaber der freistaatlich-sächsischen Portefeuilles zur Niederlegung ihrer Aemter und zum Verlassen der Stätten ihrer Wirksamkeit aufzufordern. Eine historische Tat! Noch in des Hauptmanns Enkel- und Urenkel-Tagen wird sie fortleben! Denn — die Kurzweil der Folgen dieser Tat wird im Getriebe der gegenwärtigen Zeiten ebenso schnell vergessen werden wie so manches andere . . . Am 29. Oktober hatte der Reichspräsident „mit sofortigem Inkrafttreten" die Verordnung zur Dienstentlassung von Mitgliedern der sächsischen Landesregierung durch den gerade ernannten Reichskommissar von Sachsen, Dr. Heinze, erlassen. Dann hagelte es einen ganzen Tag lang Verordnungen von diesem wie vom obersten Militärbefehlshaber: Verbot politischer Versammlungen, Verbot der Landtagstagung (beide mit entsprechenden Strafandrohungen!), Ernennung der neuen Minister, die bis zur Bildung der neuen Regierung die einzelnen Ressorts leiten. — Ein ängstliches Staunen und Tuscheln, ein leises Flüstern und Lispeln, ein bedeutsames Summen und Zischeln ringsumher, — untermischt von verhaltenen Drohungen und Warnungen, dumpfem Schmähen und Trotzen, kernigen Scheltworten und leidenschaftlichen Flüchen — — das tösten die „Maßnahmen" aus. Ein stilles Verharren des einen Teiles der Bevölkerung, in Demut und Geduld abzuwarten, wie der sichtbar gewordene „starke Arm" weiter zupackt, — ein flammender Ruf zum „Proteststreik gegen den Staatsstreich" von der Gegenseite. Abends aber konnte man den geheimnisvollen Reden eifernder und sich begeisternder Bierbankpolitiker andachtsvoll lauschen . . . Auf dem Nachhausewege aber schon meldeten ihnen die Dresdner Morgenblätter den Wiederzusammentritt des sächsischen Landtages, die Wahl des sozialistischen Abgeordneten Fellisch zum sächsischen Ministerpräsidenten und — das glückliche Ende des „Sturms im Glase Wasser" . . .

„Aus Berlin!" Wenn jemand aus dem Deutschen Reiche irgendwohin ins Ausland fährt und man fragt ihn nach dem „Woher?", so kommt er selbstverständlich aus Berlin. Mag es nun Kötzschenbroda oder Meuselwitz an der Schnauder, Burtehude oder Kyritz an der Knatter gewesen sein, allwo ihn die Testamentseröffnung einer verblichenen Tante oder sonst etwas hinberief. Er kommt eben — „aus Berlin"! — Aus Berlin kommen die Geister, wenn es gilt, in der „Provinz" irgendwo etwas zu „schmeißen" — aus Berlin die höheren und allerhöchsten Papiermarkscheine, — aus Berlin die teuersten Frauenkostüme und die verschobenen Juwelen, die neuesten Börsenberichte und die wichtigsten unpolitischen und politischen Nachrichten. Diese nämlich sind es, die anderswo im Deutschen Reiche nicht zusammentreffen können. Weil sie nicht für zutreffend gehalten würden, wenn sie eben nicht aus Berlin kämen. Nur die neuen „Wertbeständigen" wollen und wollen immer noch nicht aus Berlin kommen! Am Sonnabend bereits stürmte man in Berlin die Banken, um solche Papierchen zu erhaschen. Und heute noch wartet die „Provinz" vergeblich auf ihr tröstendes Eintreffen. Dafür bekommen „die da draußen" aber die einstweilige Kehrseite jenes Trostes noch einmal in einem bitteren Rese zu kosten: der Dollar wieder um hundert Prozent gestiegen! —

Auch das „Regieren" kommt aus Berlin. Wer da vor etlichen zwanzig Jahren die Zickzacklinien des Kurses der alten Regierungsformen, ihrer Drahtzieher und Ausführenden mit erleben konnte, wird angereizt werden, Vergleiche mit der Gegenwart zu ziehen. „Hier geiht er hen, — dor geiht er hen," — so faßte ein Spötter von damals, auf den Perpendikel einer alten „Schwarzwälder" verweisend, die „Richtlinien" der Politik zusammen. Was damals nur harmlose Wellenlinien einer Regenwasserpfütze, — zum sturmgepeitschten Weltenmeere ward die Pfütze! — Jahrhunderte vor uns ließ Shakespeare seinen Bürger im „Dritten Richard" die Worte sagen: „Weh einem Lande, das ein Kind regiert!" Doch Shakespeare war ein Brite! — Ein Anderer aber, und wahrlich kein Geringerer, ließ sich im Jahre 1881 im deutschen Reichstage also vernehmen: „Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß; es wechselt alles!" Otto von Bismarck war es. Derselbe Bismarck, dessen Haupt sturmumweht oft das Steuer führte. Sturmumweht nicht nur von den Ereignissen, die seine Zeit umbrandeten, sondern viel mehr noch von dem Gebrüll der Meinungen über ihn und um ihn. Einer Zeit der letzten neun Jahre war es vorbehalten, mit ihm Vergleiche anzustellen. Müßte sie sich so in die chaotische Unendlichkeit fortsetzen — —? Jupiter.

Koalitions-Ernüchterung und Ende?

Der „München-Augsburger Abendzeitung" wird von ihrem Berliner Bureau gedrahtet:

Reichskanzler Dr. Stresemann, dem die sozialdemokratischen Minister ihre Rücktrittsabsichten mitgeteilt haben, hat den Herren erwidert, es müsse jeder so handeln, wie es ihm die Pflicht gebietet. Irgendeine Anregung, ihre Absicht nicht durchzuführen, wurde von dem Reichskanzler nicht unternommen. Man schließt daraus, daß Herr Stresemann auch bei der Auflösung der großen Koalition nicht an eine Aenderung seiner Politik denkt, und daß er auch ohne die Sozialdemokratie weiter regieren wird. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung ist im weiteren Verlauf der Krise immer gegeben.

Zentrum und Demokraten

kamen in getrennt abgehaltenen Besprechungen zu dem Beschlusse, an der großen Koalition festzuhalten.

Am 6. November Reichstagssitzung.

Berlin, 2. Nov. Die Vollsitzung des Reichstages ist jetzt endgültig auf Dienstag, den 6. November, nachmittags 3 Uhr, angesetzt. Auf der Tagesordnung steht nur die Entgegennahme einer Regierungserklärung. Ob vor der Plenarsitzung noch der Auswärtige Ausschuß zusammentritt, steht noch nicht fest."

Dr. Stresemann erkrankt.

Berlin, 2. Nov. Reichskanzler Dr. Stresemann ist leicht erkrankt und muß auf Anraten der Aerzte das Bett hüten. Aus diesem Grunde war es daher nicht möglich, die für Donnerstag vormittag 10,30 Uhr angesetzte Kabinettssitzung, in der außerordentlich dringliche Ruhrangelegenheiten auf der Tagesordnung standen, abzuhalten.

Die Reichsverordnung aufgehoben.

Berlin, 1. Nov. Der Reichspräsident hat, nachdem inzwischen in Sachsen eine neue Regierung gebildet worden ist, durch Verordnung vom heutigen Tage die am 29. Oktober auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassene Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiete des Freistaats Sachsen wieder aufgehoben.

Nun doch Sachverständigenkonferenz!

Paris, 1. Nov. Dem Quai d'Orsay ging gestern eine Note des englischen Kabinetts zu, worin mitgeteilt wird, daß alle alliierten Regierungen sich dem Vorschlag der englischen Regierung wegen Einberufung einer Sachverständigenkonferenz zur Festsetzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands angeschlossen hätten. Das englische Kabinett schlägt nunmehr vor, daß der Regierung der Vereinigten Staaten eine gemeinsame Einladung der europäischen Alliierten zugehen solle, damit die Vereinigten Staaten offiziell an dieser Konferenz teilnehmen sollen. Poincaré beantwortete diese Note sofort und erklärte sich mit der gemeinsamen Einladung an die Vereinigten Staaten einverstanden, wünschte aber, daß in dieser Einladung nicht gesagt werde, die Sachverständigenkommission solle die Zahlungsfähigkeit Deutschlands beurteilen, sondern nur die gegenwärtige Leistungsfähigkeit. Poincaré erklärte ferner, er wünsche, daß die Reparationskommission ein genaues Programm für die Arbeiten der Sachverständigenkonferenz ausarbeite. Das englische Kabinett gab seine Wünsche wegen des Ortes und der Zeit der Beratungen der Kommission nicht bekannt. Poincaré läßt aber durch die offiziösen Blätter erklären, daß er gegen Berlin als Beratungsort nichts einzuwenden hätte. (Hört! Hört! Hat er Lust, etwa selbst zu kommen?! Dann würde ja Berlin nicht gerade der Platz sein, die von Poincaré verlangte gegenwärtige Leistungsfähigkeit [soll heißen: Leistungs-Unfähigkeit] zu studieren!)

Die „Neutralität" des Afa-Bundes.

Dresden, 1. Nov. Nach einer Meldung aus Berlin hielt der Vorstand des Afa-Bundes im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, in der eine Erklärung beschlossen wurde, die sich gegen die Kritik an der Tätigkeit der Spitzenverbände richtet. In dieser Erklärung lehnt es der Vorstand des Afabundes zunächst ab, die Spitzengewerkschaften als die „Prügelknaben der politischen Parteien" betrachtet zu sehen. Der Vorstand versichert, er werde auch künftig seine volle Unabhängigkeit gegenüber den Parteien und jeder Regierung aufrecht erhalten. Im Gegensatz zu dieser hochtrabenden Erklärung des Vorstandes wurde jedoch den sächsischen Mitgliedern nachträglich die Zustimmung zu dem von ihnen ausgerufenen Proteststreik mit der Zusicherung gegeben, daß sie auf die unbedingte Solidarität der Gesamtorganisation rechnen können. Wer ist nun der Prügelknabe der politischen Parteien?

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Stresemann ist infolge der Anspannung der letzten Tage erkrankt.
* Ab 5. November tritt eine Verzehnfachung der am 1. November in Kraft getretenen Postgebühren ein.
* Verschiedentlich verbreitete Nachrichten über den Rücktritt des englischen Botschafters in Berlin werden aus London amtlich als unrichtig bezeichnet.
* Die besonderen Ausnahmeverordnungen für Sachsen sind aufgehoben.
* Der bekannte amerikanische Staatsmann Hoover soll als Vorsitzender der Sachverständigenkommission über die Reparationen in Aussicht genommen sein.

Frankreichs Separatistenspuk.

Etwas Erfreuliches darf man doch endlich einmal feststellen. England hat die Botschafter in Brüssel und Paris beauftragt, bei der belgischen und französischen Regierung mitzuteilen, daß englischerseits die Legalität der sogenannten provisorischen rheinischen Regierung, also der Dorten-Smeets-Matthes-Regierung, nicht anerkannt wird. Ferner, daß man jeden Versuch eines separatistischen Aufstandes in der britischen Zone, also im Kölner Brückenkopf, verhindern will. Außerdem soll die britische Note darauf hinweisen, daß die sogenannte separatistische Bewegung nicht den Gefühlen der örtlichen Bevölkerung entspreche. Und vor allem soll bei dieser Gelegenheit die Haltung der Brüsseler und Pariser Regierungen gegenüber den Separatisten als eine Verletzung des Versailler Vertrages bezeichnet worden sein.

England wehrt sich also — vorläufig mit Worten — gegen das Treiben der beiden Einbruchsmächte, die nun ihre Beutemacherei durch den Schein des Rechts vor jeder Verurteilung schützen wollen. Gleichzeitig aber erscheint in dem Pariser Blatt „Humanité" ein Bericht über eine Korrespondenz des Smeets mit den französischen Besatzungsbehörden. Und diese Korrespondenz enthüllt mit aller Schärfe, wie energisch die Franzosen den gesamten Separatismus zu unterstützen entschlossen waren, — wenn dieser Entschluß überhaupt noch notwendig war. Wenn es in den Erklärungen des französischen Delegierten heißt, man werde jede Gegenkundgebung durch französische Truppen niederschlagen, man werde die Führer der gegnerischen Parteien und Gewerkschaften bei der Organisierung eines etwaigen Widerstandes sofort verhaften und ausweisen, wenn schließlich zugesagt wird, daß die Separatisten von der französischen Regierung Waffen und große finanzielle Unterstützungen erhalten würden, so sind es nämlich gar keine Enthüllungen mehr, sondern diese Zusagen von damals haben sich seit dem Ausbruch der separatistischen Revolte allüberall in die Wirklichkeit umgesetzt.

Daher wird England, dem diese Dinge natürlich bekannt sind, wohl die Komik, aber die unfreiwillige, gebührend zu würdigen wissen, die in der französischen Antwort auf die englische Beschwerdenote enthalten ist. Frankreich erklärt nämlich mit eiserner Stirn, es steht den Ereignissen im Rheinland vollkommen fern, habe auch gar kein Recht, sich in innere Angelegenheiten Deutschlands zu mischen. Überall, in Aachen ebenso wie in Krefeld, in Bonn ebenso wie in Mainz, kurz, dort, wo die Separatisten erfolgreich geblieben sind, haben sie es nur dem zu verdanken, daß die Franzosen und Belgier jeden Versuch deutscher Gegenwehr mit Gewalt und Waffen bedrohen, ja mit Blutvergießen unterdrückten. Besonders ist dabei natürlich Frankreich vorweg marschiert, während sich Belgien in letzter Zeit etwas zurückhaltender benommen hat. Und der ganze Separatistenspuk von Frankreichs Gnaden wäre von der einheimischen Bevölkerung sofort

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF